

Standortsuche Atommüll

Ein Update anlässlich des BASE-Infomobils in Lüneburg

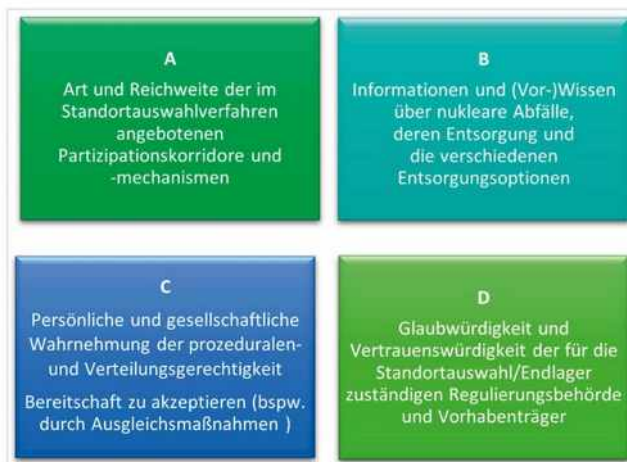
Am 20./21.04.2023 wird das [Bundesamt für die Sicherheit in der nuklearen Entsorgung \(BASE\) mit seinem Infomobil](#) auf dem Lüneburger Marktplatz Halt machen (Öffnungszeiten: am 20.4. von 12 Uhr bis 19 Uhr und am 21.4. von 10 Uhr bis 17 Uhr) und über das Verfahren der Suche nach einem Standort für den deutschen hochradioaktiven Atommüll informieren.

Der BUND begrüßt es, dass nun erstmals in Lüneburg die Möglichkeit besteht, sich vor Ort einen Einblick zu verschaffen! Diese Gelegenheit sollte unbedingt von vielen Menschen aus der Region wahrgenommen werden.

Der BUND macht sich auf Bundes- und Landesebene seit Bekanntgabe des ersten Zwischenergebnisses dafür stark, dass neben Tagungen für Insider auch niederschwellige Veranstaltungen in den „Dorfkrügen“ der betroffenen Gebiete stattfinden müssen. Das BASE schließt hier jetzt eine erste Lücke, wobei es in der Ausstellung vor Allem um „das Verfahren“ gehen wird. Weiterhin fehlen in der Region Informationsveranstaltungen der für die Suche verantwortlichen Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE).

Wir möchten hier aus der lokalen Brille heraus einen Überblick über den derzeit bekannten Stand geben.

Abbildung 1: Faktoren, welche die Bereitschaft der Bevölkerung, eine Standortentscheidung zu akzeptieren, beeinflussen können



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Di Nucci 2016: 125

Abb. aus: Brohmann, B., Brunnengräber, A., Hocke, P., & Isidoro Losada, A. M. (Hrsg.). (2021). *Robuste Langzeit-Governance bei der Endlagersuche: Soziotechnische Herausforderungen im Umgang mit hochradioaktiven Abfällen*. transcript Verlag. S. 270. <https://doi.org/10.14361/9783839456682>. [Creative Commons Attribution 4.0 Lizenz \(BY\)](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/).

Update Standortsuche

Im September 2020 veröffentlichte die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) ihren ersten Zwischenbericht. Darin werden 90 sogenannte Teilgebiete ausgewiesen, die als mögliche Standorte für ein Atommülllager geeignet sein sollen. Sie nehmen zusammen 54 % der Fläche der Bundesrepublik ein.

Die Landkreise Lüneburg und Harburg sind mit 8 Teilgebieten im Verfahren (1 Ton- und 7 Steinsalz-Teilgebiete). Infos zu den Teilgebieten in den Landkreisen Lüneburg und Harburg finden sich [hier](#) auf der Homepage des Lüneburger Aktionsbündnisses gegen Atom.

Aus diesen Teilgebieten soll die BGE zehn auswählen, die dann als sogenannte Standortregionen weiter untersucht werden. Werden bisher ausschließlich schon vorliegende Daten ausgewertet, sollen in der Phase 2 dann auch Bohrungen und seismische (Schall-) Untersuchungen erfolgen. Die abschließende Entscheidung, ob der Standortregionen-Vorschlag der BGE angenommen wird, trifft der Bundestag.

Von 90 Teilgebieten zur 10 Standortregionen

Im letzten Jahre hat die BGE zunächst die Methoden vorgestellt, wie sie zu den Standortregionen kommen will, und dann im November einen Zeitplan veröffentlicht. Demnach werden aktuell die Daten zu allen Teilgebieten genauer analysiert. Bisher sprach die BGE von einer „hohen Flughöhe“. Das hat dazu geführt, so die Kritik z.B. der Landesämter für Geologie, dass insbesondere bei den sehr großen Ton- und Granitgebieten Bereiche ausgewiesen wurden, in denen bei genauerer Betrachtung gar

keine Ton- bzw. Granitvorkommen vorhanden sind. Dies will die BGE nun nachholen und Gebiete ohne Wirtsgestein und solche, bei denen jetzt bereits geologische Gründe gegen eine Eignung sprechen, aussortieren.

Aus Sicht des BUND hätte das schon vor Veröffentlichung des Zwischenberichtes geschehen müssen. Dessen Veröffentlichung ist scheinbar aber unter Druck des Bundesamtes für die Sicherheit in der nuklearen Entsorgung (BASE) vorzeitig erfolgt. Das erklärt auch peinliche „Flüchtigkeitsfehler“ wie zum Beispiel das „Übersehen“ des Amtes Neuhaus. Obwohl dieses vor 1990 zu Mecklenburg-Vorpommern gehörte, hatte die BGE vergessen, in Schwerin Daten abzufordern. Derartige Fehler sollen nun ausgeglichen werden.

Anschließend will die BGE dann weniger gut geeignet Gebiete aussortieren. Die verbliebenen Kategorie-A-Gebiete will die BGE zwischen Frühjahr 2024 und Herbst 2026 nacheinander bekanntgeben.

Abbildung 1: Kennzeichen von Hochzuverlässigkeitsorganisationen



Abb. aus: Brohmann, B., Brunnengräber, A., Hocke, P., & Isidoro Losada, A. M. (Hrsg.). (2021). *Robuste Langzeit-Governance bei der Endlagersuche: Soziotechnische Herausforderungen im Umgang mit hochradioaktiven Abfällen*. transcript Verlag. S. 450.
<https://doi.org/10.14361/9783839456682>.
Creative Commons Attribution 4.0 Lizenz (BY).

Der BUND fordert an dieser Stelle weiterhin, dass auch die als ungeeignet aussortierten Gebiete unmittelbar bekannt gegeben werden. Nach anfänglichen positiven Signalen aus der BGE wurde das aber vom BASE als Genehmigungsbehörde untersagt. Damit wird es bis zur Bekanntgabe, dass eine Region in die Kategorie A fällt, keine weiteren Informationen von der BGE geben. Im Ergebnis wird das wieder zu einem Überraschungsmoment führen, wenn die BGE bei den betroffenen Landrät*innen anruft. Denn das hat sie angekündigt: Sobald eine Kategorie-A-Entscheidung gefallen ist, erfolgt zwei Tage vor Veröffentlichung ein Anruf bei den Landrät*innen.

Weiterhin auch für Fachleute unklar bleibt, wie die BGE von der vermutlich weiterhin

großen Zahl der Kategorie-A-Gebiete zu den zehn Standortregionen kommen will, ohne Bohrungen vorzunehmen. Besonders an den Salzstöcken wird dies deutlich: Die Landkreise Harburg, Lüneburg und Uelzen haben ein [Gutachten](#) über die Teilgebiete in der Region in Auftrag gegeben. Sowohl das beauftragte Gutachterbüro Deep.BKK als auch die Landesämter für Geologie haben darauf hingewiesen, dass über die derzeit verfügbaren Daten nur die Außenabmessungen der Salzstöcke ableitbar sind. Der für die Entscheidung, welches die „Besten“ sind, wichtige Internaufbau ist nach bisherigen Aussagen der Fachleute ohne Bohrungen nicht einzuschätzen.

Für einzelne Salzstöcke in der Region gibt es Hinweise der BGE, dass sie vermutlich nicht in die engere Auswahl kommen, da sie z.B. sehr tief liegen. Für die Salzstöcke Bahlburg, Egestorf/Soderstorf und Horndorf gab es bisher nach unserer Kenntnis weder im Gutachten der Deep.BKK noch in den Aussagen der BGE Hinweise, dass es geologische Gründe geben könnte, die gegen eine Einstufung als Kategorie-A-Gebiet sprechen - nicht weil sie so gut geeignet sind, sondern schlicht und ergreifend, weil die Kenntnislage so schlecht ist. Das gilt aber auch für rund 30 weitere Salzstöcke. Insofern bleibt weiterhin ein großes Rätselraten, wie die BGE ohne Bohrungen daraus „die Besten“ auswählen will.

Neuer Zeitplan verschiebt die Lösung ins nächste Jahrhundert

Wann „die Besten“ feststehen sollen, hat die BGE hingegen schon bekannt gegeben: Im Sommer 2027 soll der Vorschlag mit den zehn Standortregionen vorliegen. Für die weiteren Schritte nennt die BGE unterschiedliche Optionen für das Vorgehen und kommt so zu einem Zeitrahmen von weiteren 15 - 35 Jahren. Der BUND hat an dieser Stelle zunächst keine Kritik an dem neuen Zeitplan, ohne ihn schon im Detail beurteilen zu können. Letztlich gibt die BGE hier nur das zu, was nicht nur der BUND seit Neustart der Standortsuche immer wieder gesagt hat: Der alte Zeitplan war vollkommen unrealistisch.

Neuer Zeitplan für die Standortsuche

Vorschlag für die Standortregionen	2. Halbjahr 2027
Festlegung der Standortregionen	2032
Festlegung der Standorte für die untertägigen Erkundung	2047 - 2049
Festlegung des Endlagerstandortes	2057 - 2077
Inbetriebnahme des Endlagers	2076 - 2096
Letzter CASTOR im Bergwerk	nicht vor 2096 - 2116

Was zivilgesellschaftliche Gruppen aber schon ärgert, ist, dass das BASE nun im Januar noch einen drauf gelegt hat. Das Bundesamt geht davon aus, dass es für Prüfschritte und Bürger*innen-Beteiligung nach jeder Phase fünf Jahre brauchen wird. Damit verlängert sich der Weg zur Standortentscheidung um weitere 15 Jahre. Statt ursprünglich 2031 wird diese erst zwischen 2057 und 2077 erfolgen.

Dahingegen wurde die Beteiligung der Bürger*innen bisher im Eiltempo durchgezogen. Die Fristen für die Einarbeitung in umfangreiche und komplexe Unterlagen waren immer extrem kurz bemessen. Und Forderungen um eine Verschiebung um wenige Monate, z.B. aus der Phase des Lockdown hinaus, glitten an den zuständigen Mitarbeiter*innen des BASE wie an Teflon ab. Begründet wurde dies immer mit der Einhaltung des Zeitplanes, den BASE und BGE nun mit zwei Handstreichern um mindestens 26 Jahre verlängert haben. Dass der Zeitplan unrealistisch ist, dürfte auch 2020 schon klar gewesen sein.

Was macht der BUND

Der BUND begleitet die Standortsuche seit ihrem Neustart kritisch, sowohl mit dem hauptamtlichen Atomexpert*innen in der Bundesgeschäftsstelle als auch mit den Bundes- und Landesarbeitskreisen. Ausführliche Informationen zur Kritik finden sich auf der Homepage des [BUND Bundesverbandes](#).

In Niedersachsen hat der Landesarbeitskreis Atom einen Workshop der Bürgerinitiativen und Umweltverbände initiiert. Aus dem heraus gab es einen Austausch mit dem ehemaligen Umweltminister Lies, um unseren Forderungen nach mehr Transparenz im Verfahren und nach Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Gruppen durch die Landesregierung Ausdruck zu verleihen. Ein entsprechender Termin mit einer Delegation der Verbände und Initiativen mit Herrn Meyer steht noch aus. Wie der Landesverband seine Rolle bei der Endlagersuche sieht, findet sich [hier](#).

In den Landkreisen Lüneburg und Harburg wurden jeweils Kreisausschüsse mit dem Thema Standortsuche betraut. In Lüneburg sitzen Bernhard Stilke und Bernd Redecker als beratende Mitglieder mit im Ausschuss. In Harburg ist Lisa Bischoff mit im Ausschuss.

Ein wichtiges Thema, dass sich aus dem neuen Zeitplan ergibt, ist die Zwischenlagerung der CASTOR-Behälter. Diese ist eigentlich nur für 40 Jahre vorgesehen und genehmigt. Nun wird es aber über 100 Jahre werden. Hier fordert der BUND eine umfangreiche Beteiligung der betroffenen Bevölkerung bei der Erstellung neuer Lagerkonzepte. Mit dem Zwischenlager in Geesthacht ist das auch von Bedeutung für die Landkreise Harburg und Lüneburg, denn bei einem Behälterversagen macht die Radioaktivität nicht an der Elbe halt.

- [Webseite des BUND Bundesverbandes zur Endlagersuche](#)
- [Webseite des BUND Landesverbandes Niedersachsen zur Endlagersuche](#)

Bernd Redecker